

ANTIMUSLIMISCHER RASSISMUS IM BILDUNGSBEREICH



DOKUSTELLE

Islamfeindlichkeit & antimuslimischer Rassismus



INHALT

- 1 Einleitung
- 2 Aufgabenbereiche
- 4 Schwerpunkt Bildungsbereich
- 7 Schule ist immer ein Spiegelbild der Gesellschaft - Carla Amina Baghajati
- 15 Ramadan Reflexionen - Ali Dönmez
- 17 Solidarität ist mehr als angesagt - L.

IMPRESSUM

Medieninhaber:innen- und Herausgeber:innen: Dokumentations- und Beratungsstelle Islamfeindlichkeit & antimuslimischer Rassismus • Dokumentations- und Beratungsstelle rassistischer Angriffe e.V. • ursprüngliches Projekt der Initiative muslimischer Österreicherinnen und Österreicher (IMÖ)

Redaktion: Ümmü-Selime Türe, Klaudia Wieser, Rumeysa Dür-Kwieder, Anna-Laura Punkt

Interviews und Gastbeiträge: Amina Baghajati, Ali Dönmez, L.

Layout: Mustafa Uçar **Illustration:** Soufeina Hamed

office@dokustelle.at www.dokustelle.at +43 676 40 40 00 5

Facebook: @DokustelleOesterreich **Instagram:** @dokustelle **TikTok:** @dokustelle **LinkedIn:** @dokustelle

Spenden: Verwendungszweck: Spende IBAN: AT12 2011 1840 1418 4700 BIC: GIBAATWWXXX

©2024

Die Erstellung und der Multiplikator:innenunterlage zum Schwerpunkt Antimuslimischer Rassismus im Bildungsbereich mit Fokus auf Mehrsprachigkeit, wurde durch Mittel der Stadt Wien - MA17 ermöglicht.



EINLEITUNG

Rassismuserfahrungen von sich als muslimisch definierenden oder als muslimisch gelesenen Personen sind häufig mit Diskriminierungserfahrungen in Zusammenhang mit Mehrsprachigkeit verwoben. Diskriminierung, basierend auf Sprache, wird als Linguizismus bezeichnet und beschreibt eine Praxis gegenüber Personen, die aufgrund ihres Akzents oder ihrer gesprochenen Sprache negative Erfahrungen erleben. Er kann viele Formen annehmen wie beispielsweise von der Herabsetzung bestimmter Sprachen oder Dialekte bis hin zur Diskriminierung von Personen, die als „sprachlich minderwertig“ angesehen werden.

Vor allem im Bildungsbereich stellt die Dokustelle Österreich eine steigende Korrelation dieser intersektionalen Faktoren fest. Erfahrungen aus der psychosozialen Beratung zeigen, dass Kinder und Jugendliche und deren Eltern vermehrt Fälle von Ausgrenzungs- und Diskriminierungserfahrungen aus österreichischen Schul- und Ausbildungseinrichtungen melden. Vorurteile und verbale Übergriffe von Lehrer:innen und Mitschüler:innen erfolgen aufgrund von angenommener muslimischer Identität und dem Verweis auf die Nicht-Erstsprache Deutsch. Die Assoziation mit der Mehrsprachigkeit und Deutsch als Nicht-Erstsprache stellt in der Praxis für Betroffene eine Ausgrenzungserfahrung dar. Die Beeinträchtigung des Selbstwertgefühl bis hin zur Einschränkung der Partizipation sind einige Folgen dieser Praxis, die wiederum zu einer systematischen Bildungsbenachteiligung führen können.

Aufgrund dieser Ausgangslage zeigt diese Multiplikator:innenunterlage Fallbeispiele und Handlungsmöglichkeiten im Bildungsbereich mit direkter Schwerpunktsetzung auf Mehrsprachigkeit und

Antimuslimischer Rassismus auf. Die Unterlage trägt damit zur Sensibilisierung von engagierten Bildungsarbeiter:innen und Trainer:innen bei und bietet Information zu direkten Melde- und Beratungsmöglichkeiten für Betroffene und Zeug:innen von rassistischen Übergriffen. Die Dokustelle Österreich möchte in diesem Kontext auf ihr breites Weiterbildungs- und Trainingsangebot hinweisen, das auf der Website der Organisation abrufbar ist. Ab dem Schuljahr 2024/2025 bietet die Dokustelle Österreich auch Workshops im Rahmen des vom OEAD finanzierten Programms „Extremismusprävention macht Schule“ an.

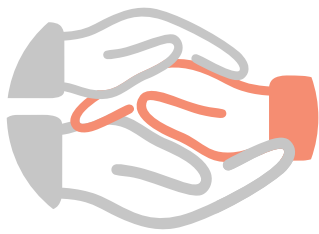
Der zweite Teil der Unterlage bietet Einblick von Expert:innen aus der Antirassismuserfahrung, die seit Jahren eng mit der Dokustelle Österreich zusammenarbeiten. Carla Amina Baghajati erzählt im Gespräch mit der Dokustelle Österreich über ihre Arbeit als Schulamtsleiterin der IGGÖ und über ihre langjährige Tätigkeit als Fachinspektorin. Weiters finden Sie Beiträge von Ali Dönmez, Logopäde, DaF-/DaZ Lehrer und Initiator der Initiative gegen Deutschförderklassen sowie von L., Schulsozialarbeiter:in und antirassistische:r sowie queerfeministische:r Aktivist:in. Dey erzählt aus der Praxis und beschreibt die Auswirkungen des kontinuierlichen Erlebens von Rassismen im Bildungsbereich. Einblicke in die Arbeit von Expert:innen können als Anlass dienen, sich mit der Wichtigkeit der Mehrsprachigkeit zu beschäftigen, um Schüler:innen und Jugendliche gezielt zu unterstützen.

Ganz besonders bedankt sich das Team der Dokustelle Österreich bei der Magistratsabteilung Integration und Diversität (MA 17), die mit einer Kleinförderung dieses Projekt ermöglicht hat.



AUFGABENBEREICHE

Die Dokumentations- und Beratungsstelle Islamfeindlichkeit & antimuslimischer Rassismus (Dokustelle Österreich) hat in den letzten neun Jahren ihre Aufgabenbereiche kontinuierlich erweitert. Dadurch bleibt die Arbeit, vor allem in den Communities, wirksam und wirkt nachhaltig sowie auf intersektionaler Ebene.



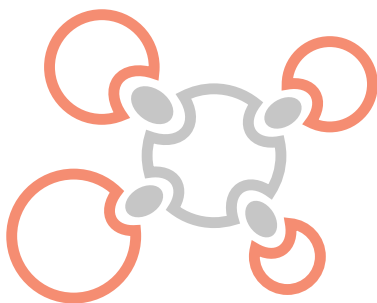
BEISTAND

Ruft uns eine Person an, die unmittelbar Betroffene:r einer islamfeindlichen Handlung geworden ist, so können wir der:dem Betroffenen Beistand leisten und diese:n bei weiteren Schritten unterstützen. Das Erstgespräch und die seelsorgliche Aufarbeitung stärken Betroffene und können das Gefühl vermitteln, nicht alleine zu sein. Hierbei handelt es sich zunächst um ein Erstgespräch zum Vorfall und in Folge um weiterführende...

Kontaktiert uns eine direkt betroffene Person telefonisch, per E-Mail, Online-Formular oder über Soziale Medien, weil eben jene konkrete Fragen bezüglich eines Erlebnisses oder einer Situation hat, so geben wir der Person praktische Tipps. Ist es notwendig, so...



BERATUNG



VERMITTELN

wir sie weiter an etablierte sowie fachgerechte nichtstaatliche und staatliche Einrichtungen, Anlaufstellen und Organisationen.

In unserer Dokumentationsarbeit halten wir Fälle von antimuslimischem Rassismus im Online- und Offline-Bereich fest. Wir dokumentieren nicht nur an uns herangetragene Fälle, sondern betreiben ebenso aktive Monitoring-Arbeit, die in unsere Statistik und Analyse mit einfließt. Mit der Arbeit der Dokustelle Österreich möchten wir nicht nur Zahlen festhalten und Statistiken aufzeigen, sondern gezielt präventiv gegen antimuslimischen Rassismus sowie weitere überlappende Unterdrückungs- und Diskriminierungsformen und Spaltung arbeiten. Deshalb sind...



DOKUMENTIEREN & MONITORING



BILDUNGSARBEIT UND BEWUSSTSEINSSCHAFFUNG

besonders wichtig. Mit unseren Trainings und Workshops sensibilisieren wir sowohl direkt betroffene Personen, als auch nicht von antimuslimischem Rassismus betroffene Personen. Dabei zeigen wir auf, dass antimuslimischer Rassismus gesamtgesellschaftlich zu betrachten ist. Mit unserer Dokumentations- und Empowerment-Arbeit bezwecken wir Bewusstseinsbildung, um gesamtgesellschaftlich Islamfeindlichkeit und antimuslimischem Rassismus vorzubeugen. Ein weiterer Bereich, in dem wir kontinuierlich Empowerment-Arbeit machen, sind digitale Plattformen. Neben unserer Website nutzen wir Social Media Plattformen wie Instagram, Facebook, LinkedIn und X, um auf aktuelle Geschehnisse aufmerksam zu machen und um die Community über unsere Arbeit auf dem Laufenden zu halten.

Die Kooperation und der Austausch mit verschiedenen nationalen, europaweiten und internationalen Vereinen, Nichtregierungsorganisationen, Initiativen, Institutionen und Bildungseinrichtungen sind ein weiterer wichtiger Tätigkeitsbereich der Dokustelle.



KOOPERATION



BILDUNGSBEREICH

Einblicke in Fallmeldungen aus Schulen an die Dokustelle Österreich

In einer Wiener NMS beleidigt eine Lehrerin Schüler:innen aus der Deutschförderklasse. Sie unterstellt ihnen, dass sie „nichts können“ und bezeichnet die Kinder und ihre Familien als „Schmarotzer.“

Ein Schüler übersetzt ein arabisches Sprichwort, das ein Mitschüler wiedergibt, für die Lehrerin. In der Übersetzung ist das Wort Allah enthalten. Die Lehrerin reagiert aufgrund des Wortes sehr aufgebracht und unterstellt dem Schüler, er würde die Religion preisen. Seitdem werden er und sein Bruder von derselben Lehrerin und dem Lehrerkollegium schikaniert. Ihnen wird gesagt, es sei verboten, in der Schule Arabisch zu sprechen. Ihnen sei es verboten, das Klassenzimmer in den Pausen zu verlassen. Sie dürfen nicht an Klassenfahrten teilnehmen. Es wird in der Klasse abfällig über die beiden und ihre Familie geredet. Sie werden aus dem Regelunterricht gerufen und in der Anwesenheit von sechs Lehrer:innen, der Direktion und einem

Herrn von der Extremismuspräventionsstelle begutachtet. Nach diesen Geschehnissen wollen die beiden Brüder die Schule wechseln. Ihr Ansuchen wird von der Direktion abgelehnt.

Ein Schüler meldet der Dokustelle Österreich folgende Situation aus dem Schulalltag. Während des Geografieunterrichts wird kurz das Thema „Terrorismus im Zusammenhang mit Globalisierung“ besprochen. Daraufhin äußert ein Lehrer die Aussage, dass „alle Muslime Terroristen“ seien, da sie „für den Dschihad kämpfen.“ Der Schüler erklärt der Dokustelle Österreich: „Dschihad an sich heißt der Kampf mit sich selbst, aber der Begriff wird missbraucht. Aus dieser Aussage kann man beziehen dass er uns muslimische Schüler:innen als Terroristen abstempelt.“ Der Schüler hält in seiner Meldung zudem fest, dass seiner Einschätzung nach, ca. 90% der Schüler:innen seiner Klasse ein islamisches Bekenntnis haben.

Eine muslimische Jugendorganisation berichtet öffentlich und der Dokustelle Österreich wird gemeldet, dass eine Studie durchgeführt wird, in der zahlreiche muslimische Schüler:innen aus ihrem Unterricht geholt werden, um eine Umfrage mit über 50 Fragen zu beantworten. Diese Umfrage, die von einem umstrittenen Pädagogen geleitet wird, wird als teilweise tendenziös und antimuslimisch rassistisch erkannt. Die Fragen der Umfrage legen einen rassistischen Zugang nahe und scheinen politische Gesinnungen abklären zu wollen. Einige Schüler:innen berichten, dass sie während der Befragung vom Klassenverband getrennt und von einer schulexternen Autoritätsperson beaufsichtigt werden. Dies führt bei den betroffenen Jugendlichen zu einem Gefühl des Unbehagens und des Unverständnisses darüber, warum ausschließlich muslimische Schüler:innen an der Umfrage teilnehmen müssen. Die meldende Person äußerte ihr Entsetzen darüber, dass Jugendliche innerhalb der Schule derartigen strukturellen Übergriffen ausgesetzt sind. Die oben benannte Organisation fordert öffentlich eine sofortige Einstellung der Studie sowie eine Stellungnahme der Verantwortlichen.

Der Dokustelle Österreich meldet eine Deutschlehrerin ein antimuslimisch rassistisches Erlebnis. Die Lehrerin unterrichtet an einer NMS und trägt einen Hijab. Sie schildert, dass im

Schuljahr, in dem der Vorfall vorfiel, eine weitere Lehrerin mit Hijab an die Schule kommt. Aufgrund der Kinderbetreuung sucht die Lehrerin um eine Versetzung an, welche genehmigt wird. Während einer Konferenz äußert eine Kollegin, nachdem sie hört, dass die Lehrerin gehen würde, gegenüber anderen Kolleg:innen: „A Kopftuch weniger.“ Der Vorfall wird lediglich der Direktion gemeldet, welche aus jetziger Sicht keine weiteren Schritte dahingehend setzt. Die Lehrerin hält in ihrer Meldung an die Dokustelle Österreich fest, dass die Kollegin, welche die gewaltvolle Aussage getätigt hat, schon über Jahre islamfeindliche und rassistische Narrative an der Schule verbreitet hatte.

Ein Direktor äußert gegenüber einem Schüler, dass er gegen Rassismus, Antisemitismus usw. sei. Gleichzeitig reproduziert er rassistische Narrative, indem er wortwörtlich sagt: „Israel, Palästina... wir sind nicht in Tschetschenien, wir sind in Österreich.“ Er gibt dem Schüler zu verstehen, dass seine Gebete ihn generalverdächtig machen und dass diese ihn nicht „ernähren werden.“ Er droht dem Schüler, dass sowohl er als auch die Polizei ihn selbst im Auge haben. Er kreiert zudem einen Wir-und-die-Anderen-Diskurs, indem er sagt: „Ich und die Polizei haben euch im Visier.“ Er bezieht sich dabei auf Muslim:innen. Weiterhin beschuldigt er den Schüler, radikale Bücher in der Schule zu lesen und er stellt es als generalverdächtig und gefährlich dar, dass sich Schüler vor der Schule treffen, um zur Moschee zu gehen.

Ein Schüler berichtet aus dem Deutschunterricht, dass seine Klasse gemeinsam einen Standard Artikel mit dem Titel „Wir haben bei der Integration versagt“ liest und ein Lehrer im Anschluss daran sagt: „Man hat vor ein paar Jahren Gastarbeiter geholt, weil wir Arbeiter gebraucht haben, aber sie haben sich nicht integriert und jetzt haben wir das Problem. Diese Menschen sind auch antisemitisch.“ Zudem schildert der Schüler, dass daraufhin ein Schulkollege Folgendes äußert: Ein Schüler meldet sich anschließend zum Wort: „Was derzeit in Israel-Palästina passiert, da sind die Muslime schuld daran, die Muslime sind gerade wütend.“ Der Lehrer reagiert nicht darauf. Der meldende Schüler verlässt in dem Moment den Klassenraum.





So unterstützt die Dokustelle Österreich




Melden Eltern, Lehrer:innen oder Schüler:innen Fälle bei der Dokustelle Österreich, dann wird in Absprache mit der betroffenen Person abgeklärt, ob weitere Schritte unternommen werden. Es ist uns wichtig, das Gespräch zu suchen und deeskalierende Maßnahmen zu ergreifen. Daher ziehen wir, falls gewünscht und eingewilligt, externe Partner:innen aus dem Bildungsbereich hinzu, um weitere Interventionen zu besprechen und abzuwägen.

In vielen Fällen starten wir mit einem offiziellen Schreiben an die Schule bzw. die Direktion, berichten über den uns gemeldeten Fall und bieten ein Gespräch an. Außerdem empfehlen wir, unser Angebot von Sensibilisierungsworkshops für Lehrer:innen und angehende Lehrer:innen sowie Workshops für betroffene Schulklassen bzw. Schüler:innen.

In einem Fall, wo ein Elternteil über eine Diskriminierung ihrer Tochter – mit hervorragenden Schulnoten – beim Zugang zu einer Sonderpädagogischen Förderschule berichtete, initiierte die Dokustelle Österreich ein Gespräch bei der Leitung der Schule. Im Vorfeld erfolgte eine Absprache mit Akteur:innen aus dem sonderpädagogischen Bereich mit Fokus auf Gebärdensprache. Während des Gesprächs mit der Schulleitung und den Lehrer:innen an der Schule kamen stereotype Vorstellungen zum Kopftuch zum Vorschein, die von der psychosozialen Beraterin der Dokustelle Österreich aktiv angesprochen wurden. Durch diese Intervention konnte der Schulplatz für das betroffene Mädchen nach ein paar Wochen gesichert werden. Sie bekommt nun die gezielte pädagogische Unterstützung, die sie braucht. Ohne die gezielte Beratungsarbeit der Mutter der betroffenen Person sowie der sensiblen Intervention auf Leitungsebene der Schule wäre das Kind aufgrund von Mehrfachdiskriminierung ohne adäquaten Schulplatz für das kommende Semester gewesen. Für die Dokustelle Österreich zählt jeder Fall. Wir betonen, dass der Ausbau eines Netzwerks von rassistuskritischen Akteur:innen im Bildungsbereich ein wesentlicher Faktor für den Abbau von strukturellen Barrieren für Kinder, Eltern und oft auch betroffenen Lehrer:innen und Pädagog:innen darstellt.

Die folgenden Beiträge geben einen kleinen Einblick in unseren langjährigen Austausch mit Kolleg:innen, Expert:innen und engagierten Menschen in der Bildungsarbeit in Österreich.





Schule
ist
immer
ein
SPIEGELBILD
der **Gesellschaft**



Die Dokustelle Österreich hat mit Carla Amina Baghajati, Schulamtsleiterin bei der IGGÖ, über Herausforderungen und Potentiale des österreichischen Bildungssystems gesprochen. Dabei betont sie, dass Schule immer ein Seismograf für gesellschaftliche Verhältnisse ist und Diskriminierung endlich wirksam begegnet werden muss.

Dokustelle Österreich: Kannst du dich und deine Arbeit als Schulleiterin bei der IGGÖ (Islamische Glaubensgemeinschaft in Österreich) kurz vorstellen?

Zum Studium zog ich 1987 nach Wien. 1989 bin ich hier zum Islam konvertiert. Ab 1999 engagierte ich mich als Gründungsmitglied in der Initiative muslimischer ÖsterreicherInnen, kam von daher als eine der ersten beiden Frauen in den Obersten Rat der IGGÖ. Dort war ich viele Jahre ehrenamtlich für die Öffentlichkeitsarbeit zuständig, teilweise auch als Frauenbeauftragte. 2014 starteten wir als Initiative muslimischer ÖsterreicherInnen mit einem Projekt namens „Dokumentationsstelle zur Durchsetzung von Gleichbehandlung für Muslime: Aussprache, Beratung und Empowerment.“ Das war auch der Start der Dokustelle Österreich, die dann unabhängig von uns weiter gewachsen ist.

Ab 2004 unterrichtete ich in der Ausbildung zukünftiger islamischer Religionslehrer:innen, ab 2011 zusätzlich selbst als Religionslehrerin an einem Wiener Oberstufengymnasium. 2014 wurde ich Fachinspektorin und seit einigen Jahren auch Schulleiterin der IGGÖ. Das Aufgabenfeld umfasst die Organisation, Betreuung und Verwaltung des Islamischen Religionsunterrichts an österreichischen Schulen. Alle Fachinspektor:innen sind als Teil der Schulaufsicht direkt an die Präsidialabteilung der jeweiligen Bildungsdirektion angeschlossen, in deren Bereich sie tätig sind. Staatlich betraut, sind sie gleichzeitig ihrer Religionsgesellschaft verpflichtet, die sie nominiert hat.

Dies zeigt viel vom österreichischen säkularen Kooperationsmodell. In diesem Setting ist der Religionsunterricht angesiedelt, der inhaltlich von den staatlich anerkannten Kirchen und Religionsgesellschaften gestaltet und verantwortet wird, aber im österreichischen Schulsystem integriert ist.

Welche Herausforderungen erlebst du in deiner Tätigkeit als Schulleiterin? Besonders in Bezug auf Kontakt zu Schulen?

Schule ist immer ein Spiegelbild der Gesellschaft. Die diversen beteiligten Personen sind geprägt von aktuellen Diskursen und gesamtgesellschaftlichen Herausforderungen. Die Corona-Jahre haben dies nochmals deutlich gezeigt. Zukunftsängste ob wegen Klimawandel, Veränderungen der Arbeitswelt durch die fortschreitende Digi-

talisation oder Kriege, die die Weltordnung bedrohen – das ist alles auch an den Schulen als Stimmungsgemenge zu spüren. Dazu kommt das Thema Migration. Was bei uns als steigende Zahlen bei der Teilnahme am Religionsunterricht auffällt, ist, dass wir heuer erstmals mehr als 100.000 Schüler:innen österreichweit haben. Das hat aber auch mit den Migrationsbewegungen der letzten Jahre zu tun. Mit dem Ukraine-Krieg war das System schon enorm gefordert und die Schulen haben Großartiges geleistet. Nun kommen Kinder aus Krisenregionen nach Österreich, die vielleicht nie ein funktionierendes Schulsystem gekannt haben und häufig von teilweise traumatischen Erlebnissen geprägt sind. Ebenjene Kinder müssen ihrem Alter gemäß eingeschult werden.

An manchen Standorten gibt es eine Mehrheit muslimischer Schüler:innen. Das bringt Veränderungen, die aus der Perspektive etlicher Lehrer:innen an Identitätsfragen rühren. Wenn Pädagog:innen feststellen, dass Erziehungsarbeit, die auch zuhause geschehen müsste, bei ihnen hängen bleibt und soziale Benachteiligung, Armutsgefährdung und ein instabiles Umfeld Belastungen für Kinder und Jugendliche sind, dann wundert es mich nicht, dass teilweise auch eine genervte Stimmung im Lehrkörper herrscht.

Wenn dann gewisse Befindlichkeiten über das Unbehagen angesichts der ‚fremden Religion Islam‘ kanalisiert werden, und auch echte Erfahrungen mit mutmaßlich in einer ‚anderen Kultur‘ begründetem ‚Anderssein‘ vorhanden sind, vielleicht sogar der Verdacht auf Radikalisierung besteht, dann sind Aufklärung und Dialog gefragt.

Durch die Kommunikation besteht die Chance, zwischen verschiedenen Beteiligten zu vermitteln. Und solange guter Wille besteht – und schließlich sollte es allen letztlich ums Kindeswohl und Bildungserfolg gehen – kommen wir hier auch weiter.

Gerade Schulen nehmen uns immer mehr als möglichen Ansprechpartner in Richtung interreligiöser und interkultureller Kompetenz wahr. Zu manchen Themen geben wir Orientierungshilfen als Informationsschriften heraus – zum Ramadan etwa. Elternarbeit ist uns gleichfalls sehr wichtig. Hier versuchen wir die Lehrpersonen – natürlich in erster Linie die islamischen Religionslehrer:innen, für die wir unmittelbar zuständig sind – zu unterstützen.

Mit der Bildungsdirektion arbeiten wir sehr eng

und gut zusammen. Muslimische Eltern und Lehrpersonal melden sich öfter bei uns, wenn sie denken, ein aktuelles Problem habe etwas mit Islam zu tun.

Das bedeutet, dass die Familien euch als eine Anlaufstelle sehen, wenn Schüler:innen in den Schulen Diskriminierung im Schulalltag erleben?

Es kommt immer wieder vor, dass betroffene Personen bei uns anrufen – Schüler:innen, Eltern, Lehrer:innen, denen an ihrem Standort etwas einschlägig aufgefallen ist. Gut zuzuhören ist dabei wichtig. Das bringt vielfach schon eine gewisse Erleichterung für Betroffene. Andererseits hilft es uns auch, möglichst nah an aktuellen Problemen dran zu sein und zu begreifen, wo die Herausforderungen liegen. Darin können oft Ideen für Lösungsmaßnahmen liegen. Mir ist möglichst viel Verständnis für alle involvierten Personen wichtig. Das ist oft der Schlüssel für die Deeskalation, bzw. für eine gute Präventionsarbeit. Religionslehrer:innen werden oft als Vertrauensperson gesehen. Wenn sich Schüler:innen bei ihnen aussprechen, wird öfter auch das Schulamt einbezogen, um sich dahingehend auszutauschen, wie es weitergehen könnte. Sie haben eine Brückenbaufunktion, sind aber gleichzeitig weder Eltern- noch Schülervvertretung. Das ist jeweils klarzustellen. Wenn wir Fachinspektor:innen vor Ort an den Schulen sind, geht es uns nicht nur um die Unterrichtshospitation. Vielmehr suchen wir auch den Austausch mit der Direktion, wo dann häufig vieles auftaucht, was mit dem Zusammenleben an der Schule verbunden ist. Ich bin froh, dass wir zwölf Fis (Fachinspektor:innen) hier ein gutes Team sind, das viel in diesem direkten Austausch klären kann.

Neben den Direktionen und der Bildungsdirektion, mit denen wir gut vernetzt sind, gibt es weitere Institutionen und Angebote, die wir selbst kontaktieren könnten oder auf die wir verweisen würden – von der Hotline bei Konflikten im Klassenzimmer der Bildungsdirektion bis zur Gleichbehandlungs-anwaltschaft.

Sollte Schule nicht ein Safer Space¹ sein?

Das ist richtig. Da gibt es auch viele Bemühungen, zuletzt etwa ein Gewaltschutzkonzept, das alle Schulen entlang eines Leitfadens individuell aufstellen und regelmäßig evaluieren müssen. Auch die Sensibilität gegenüber Mobbing ist gestiegen.

Besonders wichtig finde ich die so genannten „Zielbestimmungen österreichischer Schule.“ Dabei steht Artikel 14 (5a) sogar im Verfassungsrang! Demokratie, Humanität, Solidarität, Friede und Gerechtigkeit sowie Offenheit und Toleranz gegenüber den Menschen werden als Grundwerte der Schule benannt. An den sozialen, religiösen und moralischen Werten orientiert, Verantwortung für sich selbst, Mitmenschen, Umwelt und nachfolgende Generationen zu übernehmen, gilt als Bildungsziel. Aufgeschlossenheit gegenüber dem politischen, religiösen und weltanschaulichen Denken von Mitmenschen gehört dazu. Das bedeutet mit Pluralismus umgehen zu können und dabei das Gemeinsame – hier werden Freiheits- und Friedensliebe noch besonders hervorgehoben – im Auge zu haben.

Schulorganisation beruft sich auf solche starken Grundlagen. Entsprechend erübrigt sich eigentlich jeder Diskussionsbedarf, falls Missstände auftreten, die Widersprüche zu diesen Zielbestimmungen aufzeigen. Darum halte ich es auch für sehr nützlich, sich darauf beziehen zu können – auch für Eltern und Schüler:innen!

Dass die Realität dem Idealbild leider oft nicht standhält, ist eine Tatsache. Speziell zu Leerstellen in der Wahrnehmung von Islamfeindlichkeit und antimuslimischen Ressentiments gibt es schon weiter zurückreichende Bemühungen. 2011 brachte die OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) etwa eine eigene Publikation heraus: „Pädagogischer Leitfaden zur Bekämpfung von Intoleranz und Diskriminierung gegenüber Muslimen.“² Die praktisch gehaltenen Hinweise zur Etablierung einer entsprechenden Schulkultur sind auch heute noch hilfreich. Es lohnt sich darauf hinzuweisen, denn das Thema verlangt nach mehr Bewusstseinsbildung. Das mag auch der Tatsache geschuldet sein, dass im öffentlichen Diskurs und in den Medien muslimische Schüler:innen meist als potentielles ‚Problem‘ wahrgenommen werden und die eigene Verantwortlichkeit zurückgedrängt wird.

Als Schulleiterin hast du diverse Arbeitsbereiche. Diskriminierungsfälle an den Schulen ist ein Bereich, in dem sich Schüler:innen unter anderem an Religionslehrer:innen wenden können. Welche Rolle nimmst du in diesem Prozess ein? Wie vermittelst du in solchen Situationen?

Anrufende erwarten sich meist eine Auskunft, oft

in Richtung einer Einschätzung der rechtlichen Sachlage – so im Stil „Darf so etwas überhaupt sein?“ Orientierung verspricht man sich auch von der Möglichkeit, einmal alles Vorgefallene berichten zu können und dann im Gespräch eine weitere mögliche Vorgangsweise auszuloten.

Unser staatlicher Auftrag besteht nicht darin, eine Art Ombudsstelle für muslimische Eltern zu sein, sondern den Religionsunterricht ordentlich zu organisieren und dessen Qualität zu sichern. Das System Schule hat Zuständigkeiten und Abläufe. Für darin Beschäftigte gilt es auch Dienstwege einzuhalten. Ganz praktisch gesprochen: Zuerst sollte man mit der Person, die unmittelbar in dem Fall betroffen ist, beispielsweise einer bestimmten Lehrkraft, sprechen. Erst danach ist es ratsam, sich an den Klassenvorstand zu wenden, und falls dies nicht zu einer Lösung führt, an die Direktion. Erst darüber steht die Schulverwaltung: Ein:e für die Schule zuständige:r Schulqualitätsmanager:in würde erst beigezogen, wenn die Sache nicht auf den Ebenen vorher zu klären war. Darüber steht die Regionalleitung des Pädagogischen Dienstes. In Wien ist das eine Person für den Osten und eine für den Westen. darüber steht die Leitung des Pädagogischen Dienstes. Geht es um Religionsunterricht, haben wir Fachinspektor:innen einen eigenen Ansprechpartner in der Bildungsdirektion Wien. Und dann gibt es natürlich noch den Zweig der Präsidialabteilung, wo unter anderem Schulrechtliches und Personalfragen angesiedelt sind.

Als Schulamt haben wir mit allen angesprochenen Ebenen direkt zu tun. Im Sinne der zitierten „Zielbestimmungen österreichischer Schule“ bringen wir uns gerne dort ein, wo wir etwas konstruktiv beitragen können. Wir suchen zu vermitteln. Emotionalität oder Vorverurteilungen wären da fehl am Platz. Es geht auch nicht darum, eine:inen Schuldigen auszumachen oder festzustellen, wer „recht hat,“ sondern schlicht um die Verbesserung einer Situation, die zumindest aktuell als belastend empfunden wird. Davon haben dann alle etwas.

Wie sieht so etwas in der Praxis aus? Kannst du uns ein Beispiel geben?

Im Ramadan hatten wir viele Anrufe, wo sich Eltern darüber ärgerten, dass ihre Kinder an der Schule ungut angegangen wurden, weil sie fasteten. Das Fasten rückt zunehmend in die Wintermonate, ist von der Dauer her kürzer und moti-

viert daher auch Volksschulkinder, es den Großen gleichzutun, obwohl sie das aus religiöser Sicht nicht tun müssten.

Manche Eltern berichteten darüber, wie die Kinder zuhause weinten, weil sie zum Trinken gezwungen worden seien. Andere Kinder waren traurig, weil der Ramadan vor ihnen schlecht gemacht wurde und sie sich unter Druck gesetzt fühlten. Gleichzeitig erhielten wir Anrufe von sehr besorgten Direktionen. Diese sehen sich in der Verantwortung, für das Wohl der ihnen anvertrauten Kinder zu sorgen. Wenn Volksschulkinder vor Müdigkeit fast umkippen oder zu geschwächt erscheinen, um dem Unterricht zu folgen, und fragen sich, was da zu tun sei.

Unsere Ramadan-Info³ bietet eine grundsätzliche Aufklärung. Über die Kontaktnummer besteht die Möglichkeit zu direktem Austausch, die gut angenommen wird, wie die gehäuften Anrufe zeigen.

Oft gelingt es gegenseitiges Verständnis aufzubauen: Gegenüber Eltern, dass die Schule nun mal eine Fürsorgepflicht hat und sich Lehrkräfte von daher Sorgen machen, wenn sie die Gesundheit von ihnen anvertrauten Kindern gefährdet sehen. Und gegenüber Direktionen und den angesprochenen Lehrkräften, dass muslimische fastende Kinder dazu nicht automatisch gezwungen sein müssen und „verantwortungslose Eltern“ hätten. Wenn sowohl Eltern als auch Schulpersonal voneinander wissen, dass sie Kinder positiv bestärken und gleichzeitig vermitteln, ihr Fasten jederzeit freiwillig abbrechen zu können, ja besser zu sollen, wenn es ihnen nicht gut geht – dann tritt häufig bereits Entspannung ein.

Das gemeinsame Ziel „Kindeswohl“ liefert eine gute Kommunikationsbasis. Eine rote Linie würde überschritten, wenn pädagogische Maßnahmen und Herangehensweisen, die mit Strafen, Kontrolle, Gewalt, Demütigungen oder Einschüchterungen verbunden sind, und Erwachsene gegenüber dem Kind Macht ausspielen, die die Persönlichkeitsrechte des Kindes verletzt.

Das lässt sich auch kritisch reflektieren – am besten präventiv: „Gebe ich meinem Kind die Freiheit, die es braucht oder übe ich doch mit meiner nonverbal vermittelten Erwartungshaltung Druck aus? Oder arbeite ich sogar mit Bedrohungsszenarien und Angst, um ein von mir gewünschtes Verhalten zu erreichen?“ „Geht es mir als Lehrkraft wirklich ums Kindeswohl oder vielmehr um

die Gelegenheit meine negative Befindlichkeit gegenüber dem religiösen Bekenntnis des Kindes scheinbar wohlmeinend abzureagieren?“

Und das ist ein Thema nicht nur, wenn es um Ramadan geht! Mit welcher inneren Absicht und daraus resultierenden Haltung werden gewisse pädagogische Maßnahmen in der Schule gesetzt: Beim Umziehen, wo einem Kind verweigert wird, sich dazu hinter einem Sichtschutz zurückziehen mit dem Argument „Bei uns in Österreich sind wir nicht so g'schamig. Du musst lernen dich nicht so anzustellen! Zieh dich endlich aus!“ Um nur ein anderes Beispiel zu nennen.

Ich erlebe viele Direktionen, sehr viele Lehrpersonen, die äußerst reflektiert sind, die sehr daran interessiert sind, dass das Leitbild der Schule mit Leben gefüllt wird. Man braucht nur die Homepages der Schulen anschauen und wie hier sehr häufig das Bekenntnis zu Vielfalt, Zusammenleben in Respekt und Wertschätzung im Vordergrund steht. Auf dieser Grundlage lässt sich reden, wenn Situationen auftauchen, die den selbst gesetzten Idealen nicht standhalten.

In diesem Beispiel ging es um Eltern und Direktionen. Wen würdest du bei einer möglichen Eskalation noch einbeziehen?

Weil es eben um Sportunterricht ging: Hier ist es sehr gut, einen direkten gegenseitigen Draht zur Fachinspektion „Bewegung und Sport“ zu haben. Von dort wird die Ramadan-Info zum Beispiel teilweise direkt an die Sportlehrer:innen gegeben. Oder wir werden um Stellungnahme gebeten, wenn es etwa Probleme beim Schwimmunterricht gibt. Auch dazu haben wir für den Bedarfsfall einen Text verfasst, der Bedenken aufgreift und gleichzeitig die Bedeutung des Schwimmunterrichts unterstreicht. Falls einmal Ärger wegen des Themas „Ganzkörperbadeanzug“ auftauchen sollte, kommt von Seiten des Fachinspektorats für Sport dann Unterstützung.

Wenn uns Fälle zugetragen werden, dass Sportlehrer:innen irgendwie grenzüberschreitend agiert haben könnten (etwa beim Druck sich in einer Gemeinschaftsumkleide vor allen nackt auszuziehen), so lässt sich hier auch gleich Kontakt aufnehmen. Es hilft viel, wenn die zuständige Fachinspektorin dann Sensibilisierungsmaßnahmen setzt. Ohne jetzt eine einzelne Lehrperson abzukanzeln, wird für alle bewusstseinsbildend gearbeitet. Im Bedarfsfall

würde auch gezielt Nachschau gehalten.

Wir tauschen uns auch sonst gut aus. Zuletzt etwa, weil ein Erlass zu Bewegung und Sport (das Rundschreiben 22/2019) längst erneuert gehört. Darin wird noch so formuliert, als habe das inzwischen vom Verfassungsgerichtshof zurückgenommene sogenannte „Kopftuchverbotsgesetz“, das fürs Volksschulalter erlassen worden war, noch Gültigkeit. Hier sind wir auch im Gespräch mit einer zuständigen Person im BMBWF. Wir hoffen, dass demnächst die revidierte Fassung vorliegt, wo dann unmissverständlich etwas zur Sportbekleidung muslimischer Schülerinnen gesagt wird, das Druck von ihnen nimmt und einen jetzt vorhandenen eindeutig negativen Unterton beseitigt.

Wenn du auf deine Arbeit zurückblickst, was hat sich über die Jahre verändert? Wie siehst du diese Entwicklungen? Gibt es einen Trend, den du erkennst?

Schulen sind eine Art Seismograf für gesamtgesellschaftliche Stimmungen. Das äußert sich auch im Schulklima. Als Dokustelle Österreich habt ihr immer wieder den Zusammenhang zwischen dem politischen Diskurs und einem Anstieg einschlägiger negativer Vorfälle aufgezeigt. Das ist an Schulen – so vermute ich aufgrund der Beobachtungen – nicht anders.

Besonders besorgniserregend finde ich es, wenn Politik auf den Rücken von Kindern gemacht wird. Boulevardmedien spielen da zum Teil mit. Das geht auch an den solcherart ausschließlich negativ dargestellten Kindern und Jugendlichen nicht vorüber und hat Folgen für ihr Zugehörigkeitsgefühl. Wer sich permanent nicht gewollt fühlt, für den wird es schwieriger, sozialen Zusammenhalt zu leben.

Das merken wir auch im Unterricht, etwa beim Thematisieren von „Ich bin muslimisch und zugleich in Österreich zu Hause.“ Wir möchten bewusst aufzeigen, dass es vereinbar ist, gleichzeitig muslimisch zu sein und verbunden mit dem Land, in dem man lebt. Mir scheint, als wäre es vor 2015 leichter gewesen. Heute kann es leider immer wieder passieren, dass als Feedback von der Schülerseite kommt, „Ja, aber man will mich nicht.“ Hier zeigt sich dann, wie Polarisierungstendenzen zur realen Gefahr werden. Denn junge Menschen brauchen ein Zugehörigkeitsgefühl und sind so empfänglich für Gruppierungen, die ihnen

das zu bieten scheinen – selbst, wenn sie sich von vornherein abgrenzen vom österreichischen Rechtsstaat und zum Teil verfassungsfeindliche Positionen vertreten, dies aber verschleiern, indem sie mit dem Programm auftreten, muslimische Interessen durchsetzen zu wollen.

Kommen wir zur Veranschaulichung auf ein konkretes Beispiel zu sprechen: Das rituelle islamische Gebet hat an vielen Schulen zuletzt für teils heftigen Diskussionsbedarf gesorgt. Gerade im Winter, wenn manche Gebetszeiten in die Schulzeit fallen, tritt das Bedürfnis vieler Schüler:innen ihr Gebet im Schulhaus verrichten zu können, immer mehr in Erscheinung – was wiederum mit den steigenden Zahlen muslimischer Kinder und Jugendlicher zu tun hat.

Direktionen und Lehrkörper sehen dies zum Teil nicht gerne. Da ist mir auch schon einmal der Satz zu Ohren gekommen: „Das wäre eine Entweihung des säkularen Ortes Schule!“ – was wie durch ein Brennglas die ganze Befindlichkeit aufzeigt. Da wird auch schon einmal gemutmaßt, darauf zu bestehen, das Gebet in einer bestimmten Zeit verrichten zu wollen, deute auf Radikalisierung und könne deshalb nicht toleriert werden. Teilweise wurde tatsächlich mit Verboten operiert. Aus Befremden darüber wird auf der Schülerseite im schlimmsten Fall schließlich Entfremdung. Aus eigener Erfahrung leiten Schüler:innen das Phänomen „doppelter Standards“ ab: „Wir hören großartig von Menschenrechten und Religionsfreiheit – aber für mich scheint das nicht zu gelten!“

In genau solche realen Erlebnisse von verweigerter Akzeptanz muslimischer religiöser Bedürfnisse stoßen dann Leute mit ihrer eigenen Agenda und holen Jugendliche in ihrem Gefühl von Zurücksetzung und erlebter Ungerechtigkeit ab. Dabei spielen die sozialen Medien eine große Rolle – Tik Tok etc. Spätestens hier müsste die Einsicht bei Bildungsverantwortlichen einsetzen, dass eben dies nicht passieren darf. Jugendliche sollen nicht in die Arme möglicherweise extremistischer Gruppierungen getrieben werden.

Daher haben wir im Schulamt eine Orientierungshilfe zum Thema „Rituelles islamisches Gebet im schulischen Kontext“⁴ entwickelt und erste gute Erfahrungen damit gemacht.

Über diese spezielle Thematik hinaus soll das Funktionieren des Rechtsstaates im Unterricht aufgezeigt werden. Dass das Kopftuchverbot vom

Verfassungsgerichtshof gekippt wurde, hat das Vertrauen in den Staat gestärkt. Zur politischen Bildung kann dies sehr positiv beitragen, solche konkreten Erfahrungen zu zeigen, bis hin zur Lektüre der Begründung, die die obersten Verfassungsrichter für ihre Entscheidung gaben.⁵ Denn dabei zeigt sich, dass gerade das, was junge Menschen besonders aufregt – Bevormundung und Fremdbestimmung – eindeutig kritisiert und zurückgewiesen wurde.

Vorhin hast du darüber erzählt, dass die Schule eine Art Seismograf ist und dass politische Diskurse und öffentliche Debatten auf die Identitätsbildung der Kinder und Jugendliche Einfluss haben. Wie kann man hier vorgehen? Die Schule ist ein Ort, wo die Identität gelebt werden kann, ist es angesichts der Umstände möglich?

Genau darum geht es im Religionsunterricht. Der Religionsunterricht ist viel mehr als Wissensvermittlung über Islam, es ist vor allem auch eine Persönlichkeitsstärkung, die wir hier beabsichtigen. Einen Raum zu schaffen, wo Jugendliche über ihre Identität, nicht nur ihre religiöse Identität, reflektieren können. Da kommt alles Mögliche hoch, auch der mögliche Migrationshintergrund, der eine Rolle spielt. Darin sehe ich echte Friedensarbeit, wenn wir lernen auch mit innermuslimischem Pluralismus umzugehen und Jugendliche erkennen zu lassen, wie leicht Religion für politische Zwecke instrumentalisiert werden kann.

Die jungen Menschen interessiert sehr, wie sich das schlechte Image des Islams verbessern ließe. Ich halte dies für sehr positiv. Hier wird es möglich, auch einmal sehr selbstkritisch auf manche Phänomene einzugehen – was man gegenüber anderen Lehrpersonen eher nicht tun würde. Natürlich steckt hier gleichzeitig eine Kernfrage jeder Antirassismuserbeit: Wie verhindert man, dass die benachteiligte Gruppe in die Verantwortung genommen wird, sich selbst darum zu kümmern, dass Gleichstellung gelingt und Diskriminierungserfahrungen zurückgehen? Ich finde es trotzdem sehr positiv, dass sich Jugendliche diese Gedanken machen. Hier brauchen sie Unterstützung. Es ist nun mal nicht zu leugnen, dass in der Pubertät gerade der Wunsch nach starkem Auftreten besteht, um sich darüber zu spüren und zu finden. Aktionismus kann aber auch böse ins Auge gehen.

Wir haben schon über „Gebet in der Schule“ ge-

sprochen. Da gibt es gute Erfahrungen mit der Methode Rollenspiel, um Situationen und Reaktionen selbst zu erfahren. Das praktische Durchspielen sorgt für Entkrampfung gewisser Situation. Hier lässt sich sogar übertreiben – in geschütztem Raum Situationen noch überzeichnen – und dadurch erkennen, wo letztlich vernünftige Vorgehensweisen liegen. Der Lerneffekt liegt vor allem darin zu erkennen, welche negativen Dynamiken entstehen können, wenn Ausgrenzungserfahrungen wiederum mit einer Identitätsbildung ausgeglichen werden sollten, die auf Abgrenzung durch Überbetonen eigener Identitätsmerkmale setzt.

Als Schulamt werden wir auch an Schulen geholt, wo genau hier der Grund für Konflikte liegt. Häufig schildern Direktor:innen, dass das Problem von jenen ausgehe, die sich zwar auf den Islam beziehen, aber gar nicht den Religionsunterricht besuchen. Unser Spezialist für Prävention und Extremismus, FI Dr. Nadim Mazarweh, unterstützte in einem solchen Fall den lokalen Religionslehrer bei einem speziell arrangierten Austausch. Der Direktor sorgte für das entsprechende Setting, bei dem ein ganzer Jahrgang versammelt wurde, um gemeinsam zwei Stunden gewisse Themen auszureden – Aufklärungsarbeit von allen Seiten.

Es gibt stereotype Vorstellungen von muslimischen Jugendlichen, aber muslimische Jugendliche sind ja vielfältig.

Das ist richtig. Und das untereinander zu diskutieren bringt viel. Wer mit dem inneren Pluralismus gut umgehen kann und somit zum Beispiel erkannt hat, dass es im islamischen Selbstverständnis bei einer gemeinsamen Basis in Einzelfragen auch Auffassungsunterschiede geben kann – der schafft es auch leichter in einer zunehmend pluralen Gesellschaft mit Vielfalt wertschätzend umzugehen.

Manche gut gemeinte Workshop-Angebote für Jugendliche, vor allem bei Themen, wo im Raum steht, muslimische Jugendliche seien „defizitär“, stießen bei solchen stereotypen Vorstellungen an Grenzen. Jugendliche merken schnell, wenn sie in eine bestimmte Richtung gedrängt werden sollen und durchschauen, welche Einstellungen ihnen unterstellt werden und was demzufolge das erwünschte Verhalten im Workshop wäre.

Mir scheint, die Qualität solcher Angebote wird inzwischen besser. Gebraucht werden jedenfalls Projekte in Richtung Selbstermächtigung,

die ideologiefrei Räume zur freien Entfaltung und Stärkung in einer Demokratie wichtiger Kompetenzen bieten.

Was wünschst du dir als Schulamtsleiterin für die Zukunft für den Arbeitsbereich, wo du in Fällen der Diskriminierungsvorfälle in Schulen involviert bist?

Probleme mit Diskriminierung müssen endlich allgemein beim Namen genannt werden! Unser Gespräch hat mir einmal mehr vor Augen geführt, wie schwer es leider ist, über latent vorhandene antimuslimische Ressentiments überhaupt zu reden und damit zusammenhängende Probleme zu benennen. Liegt das vielleicht neben wenig vorhandenem Bewusstsein dafür an der Sprache? Die Begrifflichkeit antimuslimischer Rassismus hat sich noch weniger als Islamfeindlichkeit in der breiten Öffentlichkeit etabliert. Es müsste einen allgemein in Verwendung befindlichen Begriff bei Diskriminierungserfahrungen muslimischer Schüler:innen geben.

Solange es aber nicht einmal ein gebräuchliches Wort für das zugrundeliegende Phänomen gibt – wie soll dann überhaupt Bewusstsein gebildet werden? Damit in Zusammenhang steht, dass für den Schulbereich einschlägige Erhebungen zu Diskriminierungserfahrungen fehlen. Anders als in der Berufswelt oder im Dienstleistungssektor, wo Diskriminierungsschutz ausgestaltet ist, bleibt der Sektor Bildung hier unterbelichtet. Das befördert die Verdrängung nach dem Motto: „Es kann nicht sein, was nicht sein darf.“ Denn niemand würde sich als Lehrperson gerne ins rassistische Eck gestellt sehen, denn das wäre ja gegen jedes pädagogische Berufsethos.

Und dann wünsche ich mir natürlich mehr Möglichkeiten, aktiv etwas zur Verbesserung beitragen zu können. Begabungsförderung ist in Österreich noch sehr ausbaufähig. Talente zu entdecken und Kinder und Jugendliche jenseits starrer Leistungserwartungen in ihren individuellen Stärken zu fördern, würde helfen, mehr Chancengleichheit im Bildungsbereich zu erreichen und wäre ein gesamtgesellschaftlicher Gewinn.

Schon jetzt gibt es Projekte wie „Sag’s multi!“, die Jugendliche vor den Vorhang holen. Das verdiente noch mehr Breitenwirkung. Manches findet schon statt und müsste nur stärker wertschätzend in die Öffentlichkeit getragen werden, weil es damit auch Jugendliche endlich einmal mit „good news“

in Erscheinung treten lässt: Die Auftritte anlässlich der VWA-Präsentation etwa, wo Jugendliche oft Themen für diese vorwissenschaftliche Arbeit wählen, die im Lehrplan keinen Platz haben, aber direkt mit ihnen und ihrer Biografie zu tun haben. Wenn ihnen dann die Prüfungskommission gebannt zuhört, weil da Dinge zur Sprache kommen, die zum Teil spannende Perspektivenwechsel ermöglichen, so ist dies bemerkenswert.

Im Schulamt möchten wir die Brückenbaufunktion von Religionslehrkräften gerne noch zusätzlich ausbauen. Als Arbeitstitel läuft dies unter „Schulpastoral.“ Die beschriebene Dialogarbeit könnte damit zielgerichteter, professioneller und institutionalisiert gestaltet werden.

Letztlich ist die Thematik aber eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. So freue ich mich über schon bestehende unterstützende Kooperationen gerade im interreligiösen Bereich und halte auch dies für ausbaufähig.

(1) Safer Spaces für BIPOC sind der Versuch, geschütztere Räume zu schaffen, in denen Dominanzverhältnisse und Normkonstruktionen dezentriert werden, um eine Umgebung zu bieten, in der sich Teilnehmende freier von Rassismus und überlappenden Unterdrückungsformen entfalten können.

(2) OSZE-Büro für Demokratische Institutionen und Menschenrechte (OSZE/BDIMR) (2012). Pädagogischer Leitfaden zur Bekämpfung von Diskriminierung und Intoleranz gegenüber Muslimen. <https://www.osce.org/files/f/documents/f/0/91299.pdf> (zuletzt aufgerufen am 3.5.2024)

(3) IGGÖ Schulamt (2024). Ramadan und Schule. <https://iru.derislam.at/ramadan-und-schule/> (zuletzt aufgerufen am 29.4.2024).

(4) IGGÖ Schulamt (Februar 28, 2024). Rituelles islamisches Gebet im schulischen Kontext. <https://iru.derislam.at/rituelles-islamisches-gebet-im-schulischen-kontext/> (zuletzt aufgerufen am 3.5.2024)

(5) Verfassungsgerichtshof Österreich (Dezember 12, 2020). Verhüllungsverbot an Volksschulen ist verfassungswidrig. https://www.vfgh.gv.at/medien/Verhuellungsverbot_an_Volksschulen_ist_verfassungswid.de.php (zuletzt aufgerufen am 3.5.2024)

**Carla Amina Baghajati,
studierte Vergleichende
Literatur, Anglistik
und Geschichte,
später auch Arabistik
und schloss am
Konservatorium Wien
ein Schauspielstudium
ab. Seit April 2018 ist
sie Schulamtsleiterin
der Islamischen
Glaubensgemeinschaft
Österreich. 2015
erschien ihr Buch
„Muslimin sein
– 25 Fragen, 25
Orientierungen“ bei
Tyrolia**

„Die Lehrerin hat gesagt, ich soll mein Kopftuch runternehmen, sonst bekomme ich einen 5er im Sport. Ich habe mich auf die Seite gesetzt. Meine Eltern haben nichts gemacht.“

13-jährige Schülerin

„Frau Lehrerin X hat eine Schülerin angeschrien, dass sie aussieht wie eine Terroristin, weil S. den Niqab ausprobiert hat.“

13-jähriger Schüler

Ali Dönmez gibt Einblicke in seine langjährige Erfahrung im Kontext Schule und lädt Lehrer:innen dazu ein, Ramadan als Ausgangspunkt für Selbstreflexion zu nutzen.

Reflexionen

In meinem Workshop „In der Schule wird Deutsch gesprochen!“ thematisiere ich rassistische Sprachverbote und Sprachgebote. Eigentlich handelt mein Workshop von Mehrsprachigkeit. Aber beim Thema Rassismus beginnen Jugendliche aus ihrem Leben zu erzählen.

In meiner Arbeit als Lehrer für Deutsch als Zweitsprache begegne ich diesen rassistischen Lehrpersonen auch persönlich. An eine kann ich mich besonders gut erinnern. Sie sei „kein Nazi“ und „keine Rassistin,“ weil ihre „Mutter Sozialdemokratin war“ und sie selbst mit „der Internationalen aufgewachsen“ wäre. Aber sie müsse mir am Beispiel Islam erklären, warum es Rassismus gebe. „Ausnahmslos alle Schülerinnen an meiner Schule, die vollverschleiert sind, sind arrogant und unhöflich!“

Ramadan ist wohl die schwierigste Zeit für muslimische Schülerinnen und Schüler. Da das islamische Fasten der Dominanzgesellschaft aus eigener Erfahrung unbekannt ist, können selbstverständlich Unsicherheiten entstehen. Empathische Lehrpersonen machen intuitiv vieles richtig. Sie versuchen respektvoll mit den Eltern sowie den Kindern und Jugendlichen über das Fasten zu sprechen. Anstrengend und problematisch sind jene Lehrpersonen, die unter dem Jahr muslimischen Schülerinnen und Schülern mit Ablehnung oder sogar mit Verachtung begegnen, aber zu Ramadan plötzlich eine unehrlich wirkende Sorge um sie entwickeln. Anstrengend und problematisch sind auch Elternbriefe, in denen Schulen Eltern die Wichtigkeit des Trinkens für Kinder erklären. Das wirkt überheblich, paternalistisch und schadet der Elternkooperation, wenn Schulen vorgeben, besorgter um die Kinder zu sein, als die Eltern selbst.

Es kann auch vorkommen, dass sich Schulbriefe sogar auf islamisches Recht beziehen. Einen ähnlichen Fall teilte Islamwissenschaftlerin @immernochcharlotte auf Instagram. Eine Privatnachricht erreichte sie, in der eine Betroffene von einem Elternbrief erzählt, in dem sich die Schule auf islamisches Recht bezog.

„Man merkt die Instrumentalisierung, den erziehenden Ton gegenüber den Eltern. Bei jeder Gelegenheit bekommen Muslim/innen in Deutschland zu hören, dass „hier“ Deutschland ist, eine Demokratie, in der eben nicht „die Scharia“ gilt. Wer sich nun auf islamisches Recht bezieht, nutzt dieses nur um denselben Blick von oben herab beizubehalten. Erst wird „Deutschland“, „Demokratie“ und dann „Islam“ erklärt. Man zeigt, dass „Scharia“ gelten kann, wenn „ich“ es erlaube - nicht wenn „Du“ willst. Und was „Scharia“ ist, weißt „Du“ nicht. Pädagogische Fachkräfte haben genug Expertise, um Situationen pädagogisch (.) zu lösen.“
@immernochcharlotte¹

In Anbetracht dessen, dass muslimische Schüler:innen generell sowie insbesondere während Ramadan mit antimuslimisch rassistischen Zuschreibungen und Diskriminierungen konfrontiert sind, möchte ich hier eine Auswahl an Empfehlungen in Form von Reflexionsfragen an Lehrpersonen anbieten, um anzukurbeln, dass jetzt und in Zukunft mehr muslimische Schüler:innen in ihren Schulkontexten sicherer aufgehoben sind.

Fragen zur eigenen Einstellung zum Monat Ramadan

- Warum ruft dieser Monat eine große Ablehnung in mir hervor?
- Warum begegne ich als erwachsene Person meinen minderjährigen Schülerinnen und Schülern offenkundig ablehnend und/oder feindselig?
- Können meine persönlichen Gründe einen ablehnenden und/oder feindseligen Umgang als Lehrperson mit Kindern und Jugendlichen rechtfertigen?

Fragen über die Ehrlichkeit der Sorge um die Kinder

- Warum Sorge ich mich nur um das körperliche Wohlbefinden der Kinder, aber nicht um ihre mentale Gesundheit?
- Warum Sorge ich mich nicht darum, ihre Gefühle verletzen zu können? Nehmen meine Schülerinnen und Schüler meine abfälligen Äußerungen

auch als Sorge wahr?

- Sorge ich mich unter dem Jahr auch um sie, wenn sie antimuslimischen Rassismus erleben?
- Erschwere ich nicht mit meinen Aussagen ihr Leben?
- Wenn mich diese letzte Frage nicht interessiert: Ist mein Verhalten dann mit Sorge zu begründen?

Fragen über die Rolle von Religion in der Schule

- Wenn es mir prinzipiell nicht um den Islam, sondern um die Verbannung aller Religionen aus den Schulen geht: Äußere ich mich dem Kollegium und der Schülerschaft gegenüber an Weihnachten genauso verächtlich?
- Versuche ich ihnen die Weihnachtszeit schlecht- bzw. auszureden?
- Versuche ich sie zu überzeugen, wie ungesund all die Lebkuchen, der Punsch und Glühwein sind?
- Verweigere ich dem Kollegium Glückwünsche zu Ostern und zu Weihnachten?

Fragen über die Argumentation von Weihnachten als Teil der Kultur

- Wie fühlen sich meine muslimischen Schülerinnen und Schüler, wenn ich ihnen sage, dass ihr Glaube in der Schule unerwünscht und kein Teil der (Klassen-)Gemeinschaft sei?
- Möchte ich, dass sie sich in der Klasse zugehörig fühlen?
- Kann ich meinem Beruf als Lehrperson gerecht werden, wenn ich für die diskriminierende Ungleichbehandlung meiner Schülerinnen und Schüler einstehe?

Viele Lehrpersonen schaffen es nicht, einen Zugang zu ihren muslimischen Schülerinnen und Schülern zu finden, weil politisch, gesellschaftlich und medial das Thema „Islam“ aufgeladen und stigmatisiert ist. **Vielleicht kann es helfen, Religion als Sprache, als Kommunikationsmittel zu betrachten?** Es gibt viele Sprachen, in denen ein Mensch mit Gott kommunizieren kann. „Islam“ ist eine dieser Sprachen.

Der Ramadan könnte also eine gute Gelegenheit bieten, die eigenen Schülerinnen und Schüler, ihre Sprache und dabei auch sich selbst besser kennenzulernen. Die schlussendlich entscheidende Frage lautet: Möchte ich das?



(1) <https://www.instagram.com/immernochcharlotte/?hl=de> (zuletzt aufgerufen am 3.5.2024)

Solidarität ist mehr als angesagt

L. steuert zu diesem Schwerpunkt ein Plädoyer der Widerständigkeit im Kampf gegen kapitalistische Interessen und rassistische Unterdrückung bei.

L. ist muslimische:r Austro-Araber:in aus Wien, die:der Soziale Arbeit studiert hat und Sozialarbeiter:in mit Erfahrung im Geflüchtetenbereich ist. Dey hat aktivistischen Hintergrund in antirassistischen und queerfeministischen Gruppen. L. beschreibt deren Erfahrungen mit Rassismen im Bildungsbereich durch Betrachtung derer eigenen Bildungsbahn in österreichischen Volksschulen, Gymnasien und im höheren Bildungsbereich.

Als rassifizierte Personen hat man nicht oft die Möglichkeit, seine Perspektiven und Erfahrungen im System der weißen Vorherrschaft zu äußern oder Rassismuserfahrungen als Expertise vorzustellen. Dieser Beitrag soll genau das hervorheben. Als Sozialarbeiter:in und Sozialpädagog:in, die:der in Österreich aufgewachsen ist, aber muslimische:r Araber:in ist, musste ich im Laufe meines Lebens die vielen Schichten und Ebenen von weißer Vorherrschaft kennenlernen. Rassismus hat viele Gesichter und wirkt sowohl auf persönlicher als auch auf struktureller Ebene. Was alles gemeinsam hält: Es hat System.

Schüler:innen und Studierende of Color bzw. migrantische Schüler:innen und Studierende werden systematisch daran gehindert, die Bildung anzustreben, die sie sich wünschen.

Vielen migrantischen Kids wird in der Schule kommuniziert, dass ihre Deutschkenntnisse nicht ausreichend seien. Es wird ihnen zugeschrieben, sie würden in vielen Fächern nicht mitkommen. Warum aber? Unsere Eltern konnten uns oft nicht bei unseren Hausaufgaben helfen. Sie hatten die Bandbreite an Unterrichtsfächern in ihren Mutter- bzw. Erstsprachen. Viele hatten Eltern, die nicht helfen konnten, weil sie in schlecht bezahlten Jobs Überstunden machen mussten, um sich das Leben für sich und ihre Kinder leisten zu können. Die oben genannten Aussagen stellen zudem Zuschreibungen dar, die schon früh dazu beitragen, jungen BIPOC ihren Bildungsweg zu erschweren oder sogar zu verbauen.

Im Rahmen eines kapitalistischen Systems werden rassifizierte Eltern systematisch unterdrückt, was wiederum erhebliche Auswirkungen auf deren Kindern haben kann, wie man anhand der Diskriminierung in der Bildung sieht. Migrantische Eltern, die gezwungen sind, mehrere schlecht bezahlte Jobs anzunehmen, haben häufig systematisch und strukturell bedingt kaum Kapazitäten und Mittel, um ihre Kinder schulisch unterstützen zu können. Hier ist die Rede von jenen Eltern, die wegen ihrer Herkunft schwieriger Jobs bekommen und deshalb von Arbeitslosengeld oder Mindestsicherung abhängig sind. Diese Abhängigkeit alleine bringt einen immensen Stress für jene Eltern mit sich, der sich sowohl psychisch als auch körperlich auswirkt. Die finanzielle Vorbelastung hat sich

bei meiner größtenteils migrantischen Volksschulklasse viel stärker gezeigt als bei meiner Klasse im Gymnasium, die zumindest ab der Oberstufe einen höheren Teil an autochthonen Österreicher:innen hatte.

Eine weitere Manifestierung von Rassismen wird erkennbar, wenn Kids in ihrer Muttersprache reden. Mehrsprachigkeit wird im österreichischen Kontext nur belohnt, wenn es Kolonialsprachen sind. Französisch, Spanisch, Englisch, sogar Latein, eine tote Sprache. Sprachen wie Türkisch, Arabisch oder BKS werden abgewertet, ja häufig sogar bestraft. In der Volksschule durften wir untereinander nicht in unseren Muttersprachen reden. Der größte Teil meiner Klasse sprach Türkisch als Muttersprache. Sprechen durften sie Türkisch aber nicht, genauso wie ich kein Arabisch sprechen durfte. Meine Volksschullehrerin hat herabwertend über unsere Sprachen und unsere Herkunft geredet. Sie hat sogar teilweise in Gesprächen mit meinen Eltern gesagt, dass wir „zurück zu unseren Kamelelen“ sollten. Ich hatte sogar das Privileg, dass mein Vater akzentfrei Deutsch sprach und sich klar artikulieren und verteidigen konnte. Viele andere mussten sich den Rassismus geben, ohne sich verteidigen zu können.

In der Schule Rassismen zu erleben, ist auch nicht ohne. Soziale Ungerechtigkeiten, prekäre Lebensverhältnisse und rassistische Erfahrungen von rassifizierten Jugendlichen werden laut Aladin El-Mafaalani von pädagogischen Fachkräften kaum beachtet. Vielmehr können sie selbst aber auch als rassistisch Handelnde auftreten. Diskriminierung im Bildungssystem kann zudem zur Hemmung und Bremsung von Bildungskarrieren führen. Allein durch bürokratische, organisatorische und formale Abläufe, Prozedere und Regeln werden systematische Ungerechtigkeiten verfestigt und somit bestimmten Gruppen weniger Chancen im System gegeben.

Systematische Diskriminierungen führen zu deutlich erkennbarem Sinken der eigenen Erwartungen und Ambitionen. Damit können dann Resignation oder Rebellion, bis hin zu Aktionismus, der als „aggressiv“ wahrgenommen wird, und Abwendung von der Gesellschaft verursacht werden. Bereits Pierre Bourdieu entkräftete die Mythen, dass jede Person in Bezug auf Bildungschancen und Erfolg dieselben Möglichkeiten hat. Er hat beispielsweise beschrieben, dass trotz des teilweisen Aufhebens

expliziter Ausschüsse noch lange keine soziale Gerechtigkeit herrscht, wenn es um Bildung geht. Dabei spielen vor allem Faktoren wie soziale Herkunft, Migrationsgeschichte, Behinderung oder Gender eine bedeutende Rolle darin, wie sozialer Erfolg beziehungsweise sozialer Status „geerbt“ wird. Demnach kann eine intersektionale Betrachtung bewusst machen, dass die Betroffenheit von mehr als einer dieser Marginalisierungsformen noch schädlichen Auswirkungen auf Bildungschancen haben kann.

Diese Phänomene werden häufig in Phasen erkennbar, in denen potenziell ein Schulwechsel möglich sein könnte, beziehungsweise möglich sein sollte. In die Unter- und Oberstufe haben es aus meiner Volksschulklasse kaum migrantische Kids geschafft. Ich war eine:r von zwei, die ins Gymnasium durften. Alle anderen kamen in eine Mittel- bzw. Hauptschule. Ins Gymnasium zu kommen war aber nicht ohne: der Druck, den man erlebt, wenn man von privilegiierteren Kids umgeben ist, die ganz einfach Nachhilfe oder Unterstützung von Eltern bekommen konnten, ist immens. Als migrantisches Kind ins Gymnasium wechseln zu wollen oder zu können, hat den Effekt, dass man sich dann ständig als „das gute“ migrantische Kind beweisen muss. Man muss sich ja bemühen, sonst sind die Eltern umsonst in das Land gekommen und haben umsonst alles zurückgelassen und geopfert. Mich hat diese Schuld getrieben und ich habe die Unterstufe und die Oberstufe in einem Gymnasium verbracht. Viele andere aber nicht. Die migrantischen Kids, mit denen ich in der Unterstufe im Gymnasium war, haben dann nach der vierten Unterstufe in eine HTL, HAK oder Lehre gewechselt, weil für sie Studieren nicht in Frage kommt. Studieren ist so unzugänglich, dass viele nicht einmal drüber nachdachten, eine Matura zu machen.

Auch in meiner professionellen Arbeit mit geflüchteten Jugendlichen im Bildungsbereich – Jahre später – war klar: einen höheren Abschluss zu machen war für kaum jemanden eine Option. Viele gingen direkt zu einer Lehre oder Ausbildung. Oder sie mussten ihre Kurse sogar abbrechen, weil Behörden Deutschkurse bevorzugten, als eine Ausbildung jeglicher Art.

Wie man sieht, ist die rassistische Diskriminierung und Benachteiligung im Bildungssystem mehrschichtig und ich könnte noch seitenweise meine Erfahrungen und Expertisen schildern und Eindrücke teilen, das wäre aber für diesen Beitrag zu lang. Eindeutig ist, Hilfe kann nicht

nur von Benachteiligten oder nur von Privilegierten kommen. Aus meiner Sicht als Sozialarbeiter:in und Sozialpädagog:in ist es unsere Aufgabe, migrantischen Personen und BIPOC, die einen Teil des Systems bekämpfen konnten, unsere Geschwister zu empowern und unsere Widerständigkeit im Kampf gegen kapitalistische Interessen und rassistische Unterdrückung zu nutzen, um ein gerechtes Leben für alle anzustreben. Solidarität ist mehr als angesagt und muss nicht die traditionelle Form von weißem Helfer:innenkomplex annehmen. Widerständigkeit ist Community-Care, Widerständigkeit ist Ruhe und Verständnis füreinander und Widerständigkeit ist Solidarität in Taten, nicht nur Worten. Solidarität heißt, Menschen ihre eigene Handlungsfähigkeit zuzusprechen und hinter ihnen zu stehen, statt vor ihnen.



(1) BIPOC steht für Black, Indigenous, and People of Color. Es handelt sich, wie Tupoka Ogette beschreibt, „um eine solidarische politische Abkürzung für Menschen verschiedener Communities, die Rassismuserfahrungen machen.“ Ogette, Tupoka (2022). Ein rassismuskritisches Alphabet. München: cbj, 6.

(2) vgl. El-Mafaalani, Aladin (2021). Wozu Rassismus? Von der Erfindung der Menschenrassen bis zu rassismuskritischem Widerstand. Köln: Kiepenheuer & Witsch. 2. Auflage.

(3) vgl. Uslucan, Haci-Halil (2017). Diskriminierungserfahrung türkeistämmiger Zuwanderer_innen. In Fereidooni, Karim / El, Meral (Hrsg.) (2017). Rassismuskritik und Widerstandsformen. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 129-141.

(4) vgl. El-Mafaalani, Aladin (2021). Wozu Rassismus? Von der Erfindung der Menschenrassen bis zu rassismuskritischem Widerstand. Köln: Kiepenheuer & Witsch. 2. Auflage.

(5) Universität Graz (2021). Aus Bourdieus Werkzeugkiste: Soziale Ungleichheit und Bildung. Graz: Institut für Bildungsforschung und PädagogInnenbildung. https://static.uni-graz.at/fileadmin/projekte/habitusmachtbildung/Bourdieu_Werkzeugkiste_12_2021.pdf (zuletzt aufgerufen am 3.5.2024).

(6) Universität Graz (2021). Aus Bourdieus Werkzeugkiste: Soziale Ungleichheit und Bildung. Graz: Institut für Bildungsforschung und PädagogInnenbildung. https://static.uni-graz.at/fileadmin/projekte/habitusmachtbildung/Bourdieu_Werkzeugkiste_12_2021.pdf (zuletzt aufgerufen am 3.5.2024).

**ANTIMUSLIMISCHER RASSISMUS IM
BILDUNGSBEREICH**

DOKUSTELLE 
Islamfeindlichkeit & antimuslimischer Rassismus

    @dokustelle